

Auftragsverarbeitungsvertrag

Zur Wahrung der datenschutzrechtlichen Anforderungen für aktuelle und zukünftige Leistungen der Solvere gGmbH

§ 1 Vertragsgegenstand

Die folgende Vereinbarung beschreibt die Regelung der Auftragsverarbeitung im Sinne des Art. 28 DSGVO zwischen den Kunden als Auftraggeber und der Solvere gGmbH, Stahlstraße 34, 65428 Rüsselsheim am Main als Auftragnehmer. Diese Vereinbarungen stehen in Sinne einer allgemeinen Geschäftsbedingung unter der Bedingung, dass entsprechend des Hauptvertrags eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Auftrag im Sinne des Art. 28 DSGVO erfolgt. Der Auftraggeber kann dieser Vereinbarung widersprechen, wenn diese keine Auftragsverarbeitung darstellt oder eine andere Vereinbarung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Pflichten getroffen wurde. Diese Regelung ersetzt alle eventuell bestehenden vorhergehenden Vereinbarungen zur Auftragsverarbeitung mit dem Auftragnehmer.

Der Auftragnehmer übernimmt folgende Verarbeitungen: Auftragsdatenvernichtung (Übernahme und Vernichtung von Akten- und Datenmaterial), Digitale Archivierung (insbesondere Scannen von Unterlagen, Speicherung von Daten auf externen Datenträgern, Einlagerung von Dokumenten, Aufbewahrung von Sicherungskopien), Bürodienstleistungen (Durchführen von Mailing Aktionen, digitales Erfassen von Adressdaten) und in Sonderfällen auch der Konfektionierung (soweit die Tätigkeit auch die Verarbeitung von personenbezogenen Daten als Kernaufgabe und nicht bloß die Etikettierung oder die Zusammenstellung von Produkten beinhaltet). Die Verarbeitung beruht auf dem zwischen den Parteien bestehenden Hauptvertrag (auch mündlich).

§ 2 Geltungsbereich, Definitionen

Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten von Auftraggeber und -nehmer (im Folgenden „Parteien“ genannt) im Rahmen einer Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Auftrag. Dieser Vertrag findet auf alle Tätigkeiten Anwendung, bei denen Mitarbeiter des Auftragnehmers oder durch ihn beauftragte Unterauftragnehmer (Subunternehmer) personenbezogene Daten des Auftraggebers verarbeiten.

§ 3 Dauer

Die Laufzeit dieser Vereinbarung entspricht der Laufzeit des Hauptvertrags. Sofern keine Laufzeit im Hauptvertrag bestimmt wurde oder der Hauptvertrag in einer einmaligen Ausführung besteht, gilt diese Vereinbarung als unbefristet und kann von beiden Parteien mit einer Frist von 4 Wochen zum Monatsende gekündigt werden. Die Möglichkeiten zur fristlosen Kündigung bleiben hiervon unberührt.

§ 4 Art und Zweck der Datenerhebung

Die Verarbeitung dient der Konvertierung (Digitalisierung), Speicherung, Löschung und Vernichtung von Daten auf elektronischen oder papierbezogenen Datenträgern. Dabei werden die entsprechend des Hauptvertrags durch den Auftraggeber bestimmten und übergebenen Arten von Daten verarbeitet. Die Kategorien der betroffenen Personen entsprechen den gemäß des Hauptvertrags durch den Auftraggeber bestimmten und übergebenen Daten. Diesbezüglich wird ausdrücklich auf die Regelung des § 8 verwiesen.

§ 5 Pflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer hat zusätzlich zu der Einhaltung der Regelungen dieses Auftrags gesetzliche Pflichten gemäß Art. 28 bis 33 DSGVO; insofern gewährleistet er insbesondere die Einhaltung folgender Vorgaben:

- Schriftliche Bestellung eines Datenschutzbeauftragten, der seine Tätigkeit gemäß Art. 38 und 39 DSGVO ausübt. Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten ergeben sich aus Anlage 2.

- Die Wahrung der Vertraulichkeit gemäß Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit. b, 29, 32 Abs. 4 DSGVO. Der Auftragnehmer setzt bei der Durchführung der Arbeiten nur Beschäftigte ein, die auf die Vertraulichkeit verpflichtet und zuvor mit den für sie relevanten Bestimmungen zum Datenschutz vertraut gemacht wurden. Der Auftragnehmer und jede dem Auftragnehmer unterstellte Person, die Zugang zu personenbezogenen Daten hat, dürfen diese Daten ausschließlich entsprechend der Weisung des Auftraggebers verarbeiten einschließlich der in diesem Vertrag eingeräumten Befugnisse, es sei denn, dass sie gesetzlich zur Verarbeitung verpflichtet sind. Darüber hinaus gilt gegenüber Berufsgeheimnisträgern die Verpflichtung gemäß Anlage 4.
- Die Umsetzung und Einhaltung aller für diesen Auftrag erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen gemäß Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit. c, 32 DSGVO (Einzelheiten in Anlage 1).
- Der Auftraggeber und der Auftragnehmer arbeiten auf Anfrage mit der Aufsichtsbehörde bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammen.
- Die unverzügliche Information des Auftraggebers über Kontrollhandlungen und Maßnahmen der Aufsichtsbehörde, soweit sie sich auf diesen Auftrag beziehen. Dies gilt auch, soweit eine zuständige Behörde im Rahmen eines Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahrens in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Auftragsverarbeitung beim Auftragnehmer ermittelt.
- Soweit der Auftraggeber seinerseits einer Kontrolle der Aufsichtsbehörde, einem Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahren, dem Haftungsanspruch einer betroffenen Person oder eines Dritten oder einem anderen Anspruch im Zusammenhang mit der Auftragsverarbeitung beim Auftragnehmer ausgesetzt ist, hat ihn der Auftragnehmer nach besten Kräften zu unterstützen.
- Der Auftragnehmer kontrolliert regelmäßig die internen Prozesse sowie die technischen und organisatorischen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass die Verarbeitung in seinem Verantwortungsbereich im Einklang mit den Anforderungen des geltenden Datenschutzrechts erfolgt und der Schutz der Rechte der betroffenen Person gewährleistet wird.
- Der Auftragnehmer unterstützt unter Berücksichtigung der Art der Verarbeitung und der ihm zur Verfügung stehenden Informationen den Verantwortlichen bei der Einhaltung der in den Artikeln 32 bis 36 DSGVO genannten Pflichten.

§ 6 Technische und organisatorische Maßnahmen

Der Auftraggeber und der Auftragnehmer sind sich einig, dass die unter <https://www.solvereggbh.de/auftragsverarbeitung/> beschriebenen Datensicherheitsmaßnahmen ausreichend im Sinne der DSGVO zum Erreichen der Gewährleistungsziele sind. Sie definieren das vom Auftragnehmer geschuldete Minimum. Die Datensicherheitsmaßnahmen können der technischen und organisatorischen Weiterentwicklung entsprechend angepasst werden, solange das vereinbarte Niveau nicht unterschritten wird. Zur Aufrechterhaltung der Informationssicherheit erforderliche Änderungen hat der Auftragnehmer unverzüglich umzusetzen. Änderungen sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wesentliche Änderungen sind zwischen den Parteien zu vereinbaren. Soweit die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen den Anforderungen des Auftraggebers nicht oder nicht mehr genügen, benachrichtigt der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich.

§ 7 Unterauftragsverhältnisse

Als Unterauftragsverhältnisse im Sinne dieser Regelung sind solche Dienstleistungen zu verstehen, die sich unmittelbar auf die Erbringung der Hauptleistung beziehen. Eine Liste der aktuell vom Auftragnehmer in Anspruch genommenen weiteren Auftragsverarbeitern ist unter <https://www.solvereggbh.de/auftragsverarbeitung/> abrufbar. Die aufgelisteten Unterauftragsverarbeiter werden durch den Auftraggeber mit dem Zustandekommen dieses Vertrages akzeptiert. Im Übrigen ist die Liste der Unterauftragsverarbeiter über die angegebene Webseite des Auftragnehmers abrufbar. Der Auftragnehmer behält sich vor, die dort abrufbaren Informationen von

Zeit zu Zeit zu aktualisieren. Der Auftraggeber wird zum Erhalt dieser Informationen die URL aufrufen. Die Hinzuziehung oder Ersetzung eines weiteren Auftragsverarbeiters gilt als genehmigt, wenn der Auftraggeber innerhalb von einem Monat nach der online Verfügbarkeit der Information keine Einwände gegenüber dem Auftragnehmer in schriftlicher Form erhebt. Widerspricht der Auftraggeber, so hat er die Gründe für den Widerspruch mitzuteilen. Der Auftragnehmer kann nach eigenem Ermessen aufgrund eines Widerspruchs anstelle des abgelehnten weiteren Auftragsverarbeiters einen anderen weiteren Auftragsverarbeiter vorschlagen oder zur Beseitigung des Widerspruchs des Kunden Maßnahmen ergreifen, welche die Bedenken des Kunden ausräumen. Stehen die beiden Möglichkeiten zur Ausräumung des Widerspruchs nicht zur Verfügung oder ist der Widerspruch des Kunden nicht anderweitig beseitigt worden, kann der Auftragnehmer den Hauptvertrag ganz oder teilweise ohne Einhaltung einer Frist kündigen, z.B. wenn der Widerspruch dazu führt, dass der Auftragnehmer die Erfüllung der nach dem Hauptvertrag geschuldeten Pflichten nicht unerheblich erschwert oder unmöglich wird. Ab der geplanten Hinzuziehung oder Ersetzung eines widersprochenen Auftragsverarbeiters sind etwaige Vereinbarungen über Reaktionszeiten oder Verfügbarkeiten suspendiert und es entfallen insofern sämtliche Ansprüche wegen Schadenersatz statt der Leistung, wegen Vermögensschäden und auf etwaig vereinbarte Vertragsstrafen gegen den Auftragnehmer. Bei einer Teilkündigung der Leistungspflicht des Auftragnehmers bestimmt sich die Vergütung für die nicht von der Teilkündigung betroffenen Leistungen nach den für diese Leistungen beim Auftragnehmer geltenden üblichen listenmäßigen Preisen.

Kommt der weitere Auftragsverarbeiter seinen Datenschutzpflichten nicht nach, so haftet der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber für die Einhaltung der Pflichten des Weiteren Auftragsverarbeiters. Der Auftragnehmer haftet jedoch nicht für Schäden oder Ansprüche, die sich aus zusätzlichen oder abweichenden Weisungen des Auftraggebers ergeben.

Zieht der Auftragnehmer einen weiteren Auftragsverarbeiter in einem Drittland (außerhalb der EU/EWR) hinzu, wird der Auftragsverarbeiter insbesondere die Vorgaben gemäß Art. 44 ff. DSGVO beachten. Der Auftragnehmer wird hinreichende Garantien dafür vorsehen, dass die geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen so durchgeführt werden, dass die Verarbeitung entsprechend den Anforderungen der DSGVO erfolgt, den betroffenen Personen durchsetzbare Rechte und wirksame Rechtsbehelfe zur Verfügung stehen und Übermittlungen in ein Drittland und Schutzvorkehrungen gemäß Art. 30 Abs. 2 DSGVO dokumentiert werden.

Soweit der Auftragnehmer durch z.B. EU-Standardvertragsklauseln gemäß der Kommissionsentscheidung 2010/87/EU bzw. Standarddatenschutzklauseln gemäß Art. 46 DSGVO angemessene Garantien vorsieht, erteilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer hiermit die Vollmacht, unter Befreiung vom Verbot der Doppelvertretung gemäß § 181 BGB, alle für diesen Vertragsschluss erforderlichen Handlungen im Namen des Kunden vorzunehmen, einschließlich insbesondere der ausdrücklichen oder stillschweigenden Abgabe und Entgegennahme von Vertragserklärungen und des Verzichts auf das Zugangserfordernis gemäß § 151 BGB, in seinem Namen Standarddatenschutzklauseln mit weiteren Auftragsverarbeitern abzuschließen. Ferner ist der Auftragnehmer berechtigt, die Rechte und Befugnisse des Auftraggebers aus den Standarddatenschutzklauseln gegenüber dem weiteren Auftragsverarbeiter auszuüben.

§ 8 Rechte und Pflichten des Auftraggebers

Für die Beurteilung der Zulässigkeit der beauftragten Verarbeitung sowie für die Wahrung der Rechte von Betroffenen ist allein der Auftraggeber verantwortlich. Der Auftraggeber erteilt alle Aufträge, Teilaufträge oder Weisungen dokumentiert. Der Auftraggeber informiert den Auftragnehmer unverzüglich, wenn er Fehler oder Unregelmäßigkeiten bei der Prüfung der Auftragsergebnisse feststellt. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und der vertraglichen Vereinbarungen beim Auftragnehmer in angemessenem Umfang selbst oder durch Dritte zu kontrollieren. Den mit der Kontrolle betrauten Personen ist vom Auftragnehmer soweit erforderlich Zutritt und Einblick zu ermöglichen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, erforderliche Auskünfte zu erteilen, Abläufe zu demonstrieren und Nachweise zu führen, die zur Durchführung einer Kontrolle erforderlich sind. Die Kosten, die dem Auftragnehmer im Zusammenhang mit seinen

Pflichten oder den Rechten des Auftraggebers entstehen, können dem Auftraggeber gegenüber geltend gemacht werden. Dies betrifft insbesondere die Unterstützung im Zusammenhang mit Betroffenenrechten.

Gegen die Auswahl von Dritten hat der Auftragnehmer ein Widerspruchsrecht, insofern es sich um einen Mitbewerber des Auftragnehmers handelt. Kontrollen beim Auftragnehmer haben ohne vermeidbare Störungen seines Geschäftsbetriebs zu erfolgen. Soweit nicht aus vom Auftraggeber zu dokumentierenden, dringlichen Gründen anders angezeigt, finden Kontrollen nach angemessener Vorankündigung und zu Geschäftszeiten des Auftragnehmers, sowie nicht häufiger als alle 12 Monate statt. Soweit der Auftragnehmer den Nachweis der korrekten Umsetzung der vereinbarten Datenschutzpflichten wie in diesem Verträge vorgesehen erbringt, soll sich eine Kontrolle auf Stichproben beschränken. Eine Kontrolle setzt konkrete Anhaltspunkte des Auftraggebers (beispielsweise Datenschutzvorfälle) voraus, welche eine Kontrolle erforderlich erscheinen lassen. Eine Kontrolle kann auch durch die Vorlage von Zertifikaten oder Auditierungen durch den Auftragnehmer ersetzt werden.

§ 9 Mitteilungspflichten und Weisungen

Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten unverzüglich mit. Auch begründete Verdachtsfälle hierauf sind mitzuteilen.

Die Weisungen zur Verarbeitung durch den Auftraggeber werden anfänglich durch den Hauptvertrag festgelegt und können vom Auftraggeber danach in schriftlicher Form oder in einem elektronischen Format (Textform) an die vom Auftragnehmer bezeichnete Stelle durch einzelne Weisungen geändert, ergänzt oder ersetzt werden (Einzelweisung). Weisungen, die im Vertrag nicht vorgesehen sind, werden als Antrag auf Leistungsänderung behandelt. Mündliche Weisungen sind unverzüglich schriftlich oder in Textform zu bestätigen.

§ 10 Haftung

Eine zwischen den Parteien im Hauptvertrag vereinbarte Haftungsregelung gilt auch für die Auftragsverarbeitung, außer soweit ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde.

§ 11 Kostenteilung

Die Kosten, die dem Auftragnehmer im Zusammenhang mit seinen Pflichten oder den Rechten des Auftraggebers entstehen, können dem Auftraggeber gegenüber geltend gemacht werden. Dies betrifft insbesondere die Unterstützung im Zusammenhang mit Betroffenenrechten und den Kontrollbefugnissen des Auftraggebers. Für geringfügige Ersuchen und Aufgaben im Sinne dieses Paragraphen fallen keine Mehrkosten an. Die Grenze der Geringfügigkeit wird vom Auftragnehmer nach billigem Ermessen bestimmt und kann im Streitfall von einem zuständigen Gericht auf deren Angemessenheit hin überprüft werden. Darüberhinausgehende Aufwendungen hat der Auftraggeber mit einem angemessenen Entgelt entsprechend der konkreten Aufwendungen des Auftragnehmers zu vergüten.

§12 Änderungen

Dieser Auftragsverarbeitungsvertrag kann durch Erklärung des Auftragnehmers geändert werden. Jeder Änderung bedarf der Genehmigung durch den Auftraggeber. Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn der Auftraggeber nicht innerhalb eines Monats seinen schriftlichen Widerspruch gegen die Änderung an den Auftragnehmer richtet. Nach erfolgtem Widerspruch kann der Auftragnehmer nach seiner Wahl die Änderung zurücknehmen oder den Vertrag binnen einer Monatsfrist kündigen.

§ 13 Konkurrenzregelung

Diese Regelung ersetzt alle eventuell bestehenden vorhergehenden Vereinbarungen zur Auftragsverarbeitung mit dem Auftragnehmer als eigenständige Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung im angegebenen Regelungsbereich.

§ 14 Schlussbestimmungen

Für Nebenabreden ist die Schriftform erforderlich. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

Für Streitigkeiten aus diesem Auftragsverarbeitungsvertrag gilt der Gerichtsstand, wie er im Hauptvertrag bestimmt wurde.

Sollten einzelne Teile dieser Vereinbarung unwirksam sein, so berührt dies die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht.

Bei Fragen oder Hinweisen erreichen Sie unseren Datenschutzbeauftragten unter:

Jörg Fahr

Mobil: 0172 / 67 94 295

E-Mail: datenschutz@solvereggmbh.de

Auftraggeber:

Auftragnehmer (Solvere gGmbH):

Ort, Datum

Ort, Datum

Unterschrift

Unterschrift